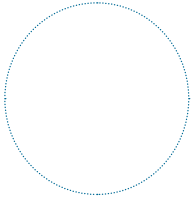


# Serbien im despotischen Würgegriff

Bei den Massenprotesten in Serbien geht es längst um mehr als Covid-19: Gefürchtet wird der endgültige Abbau der Demokratie

GASTKOMMENTAR:  
VEDRAN DZIHIĆ



Der Autor forscht am österreichischen Institut für internationale Politik mit einem Schwerpunkt auf Geschehnisse am Balkan

Schwer bewaffnete Polizisten schlagen mit Schlagstöcken auf einen hilflos am Boden liegenden jungen Mann ein. Kaum scheint die Gewaltorgie vorbei, tauchen weitere Polizisten auf und verpassen dem Mann erneut Schläge. Dann lassen sie den reglosen Körper am Straßenrand liegen.

Das ist eine Szene aus Belgrad, Serbien, aufgenommen in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2020. Auf den sozialen Medien verbreitete sich das Video rasant. Der junge Mann nahm an ersten Massenprotesten in Europa in Zeiten der Covid-19-Pandemie teil. Serbien scheint gerade überall Nummer 1 sein zu wollen: Als eines der ersten Länder Europas ließ das Regime von Präsident Aleksandar Vučić den Ausnahmezustand beenden und den Sieg über das Corona-Virus verkünden. Als erstes Land Europas inmitten der Pandemie durften die Menschen wählen. Und als erstes Land in Europa setzten Polizisten zuletzt Tränengas und Schlagstöcke gegen Protestierende ein.

Die Parlamentswahlen am 21. Juni selbst waren eine Farce. Der „starke Mann“ Serbien entschied die Wahl mit rund 62 Prozent für seine Serbischen Fortschrittspartei (SNS) für sich. Angesichts der Machtfülle von SNS und Vučić kann man nun getrost von einem Einparteienstaat und einer Fasadendemokratie sprechen. Die Demokratie wird in Form von Wahlen und Institutionen aufrechterhalten, de facto wird stramm autoritär regiert.

Aleksandar Vučić ist der perfekte Despot. Zu Hause herrscht er uneingeschränkt und hält das Land in seinem Würgegriff. In der EU spielt er aber den sanft flüsternden

Pragmatiker, der stets sein Bestes für Serbien und regionale Stabilität gibt. Lange Zeit genoss er Unterstützung in Berlin, auch direkt bei Kanzlerin Merkel. Nicht nur sie, auch die österreichische Regierung war zufrieden mit recht pragmatischem Umgang von Vučić und seinem Innenminister mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ ab 2015.

Während die Wiener Außenpolitik Vučić weiterhin sehr verhalten und pragmatisch anfasst, scheint das Vertrauen zumindest in Berlin verbraucht zu sein. Das übliche Treffen mit Kanzlerin Merkel – Vučić traf in der heißen Phase aller Wahlkämpfe bislang Merkel und Putin – fiel diesmal aus. Dafür kam explizite Unterstützung von Donald Tusk im Namen der Europäischen Volks-



*Europa findet kein Rezept zum Umgang mit neuen europäischen Despoten wie Orbán oder Vučić*

partei. Tusk wünsche Vučić alles Gute und gratulierte ihm auch nach der Wahl zum Erfolg. Damit erweis er der Demokratie in Serbien einen Bärendienst.

Nun sind in Serbien Anfang Juli die ersten Massenproteste in Zeiten von Covid-19 in Europa ausgebrochen. Vučić selbst trat sie los, indem er angesichts der stark steigenden Covid-19-Infektionszahlen neue Polizeisperren für Belgrad ankündigte. Vučić setzt auf die bewährte Strategie der Delegitimierung der Proteste: Die rechtsextremen Nationalisten seien für die Gewalt verantwortlich. Die kritischen Stimmen in Serbien verweisen aber darauf, dass das Regime bewusst die friedlichen Protestierenden mit rechten Hooligans und Polizisten in Zivil infiltrierte. Die Rhetorik des Präsidenten wird von einer Kakophonie des Stumpfsinns durch die Vučić-treuen Boulevardmedien begleitet, der sich mit einer

Brise Verschwörungstheorie und einem populistisch-moralisierenden Nationalismus verbindet, in dem das Land in ein „gutes“ – Vučić-Serbien – und ein „böses“ Serbien unterteilt wird, zu dem die Regimegegner aller Couleur dazugehören.

Die Nebelmaschine zur Erzeugung alternativer und dem Despoten angenehmer Wahrheit soll alles kaschieren: den unverantwortlichen Umgang mit Covid-19, die Misere des Gesundheitssystems, die Verletzungen der Menschenrechte, die nicht vorhandene Legitimität der Wahl, die direkte Gewaltanwendungen der Polizei und den willkürlichen Umgang mit kritischen Stimmen. Das ist die Maske eines im Kern autoritären Regimes, das vor Gewaltanwendung nicht scheut.

Europa findet kein Rezept zum Umgang mit neuen europäischen Despoten wie Orbán oder Vučić. Sie werden geduldet, oder man versucht, sie schönzureden. Die Menschen in Serbien haben es aber zunehmend satt. Zorn, Wut und Verzweiflung lassen sich nicht rhetorisch wegzaubern – und ebensowenig wegknüppeln. Sie müssen aber politisch kanalisiert werden, mit einer liberalen Alternative links des Zentrums, die dem rechten Rand und dem Zentrum des Regimes Gewaltfreiheit, eine unmissverständliche demokratische Grundhaltung und klare Strategien für die öffentliche Gesundheit, den Arbeitsmarkt, den Bildungssektor oder den Sozialbereich entgegengesetzt.

Dafür wird man aber auch Hilfe aus der EU benötigen, und zwar von jenen Kräften, die glauben, dass die demokratische Zukunft der EU nicht von Despoten wie Orbán, Kaczyński oder Vučić abhängen darf.

Für die österreichische Bundesregierung geht es um die Frage, wie man sich in Bezug auf autoritäre Tendenzen in Serbien positioniert. Der Spagat zwischen der traditionell guten Beziehung zu Serbien und einer für den Prozess der EU-Erweiterung und Befreiung Serbien aus dem despotischen Würgegriff von Vučić notwendigen Prinzipientreue punkto europäischer und demokratischer Werte wird Wien nicht leicht fallen.

Ausland Die Welt-Kolumne

## Streit im Assad-Clan? Krieg, Krise und Hunger in Syrien

RAIMUND LÖW



Raimund Löw kommentiert an dieser Stelle das Weltgeschehen

Die Pandemie hat den syrischen Bürgerkrieg in den Hintergrund gedrängt. Im Land selbst verändern sich die militärischen Fronten nur wenig, das Regime Bashar al Assads hat den Krieg gewonnen. Seit gut drei Monaten finden am Boden keine großen Schlachten mehr statt, konstatiert der Sondergesandte der Vereinten Nationen Geir O. Pedersen. Die UNO prangert Luftangriffe gegen Schulen, Märkte und andere zivile Ziele in der letzten Rebellenhoch-

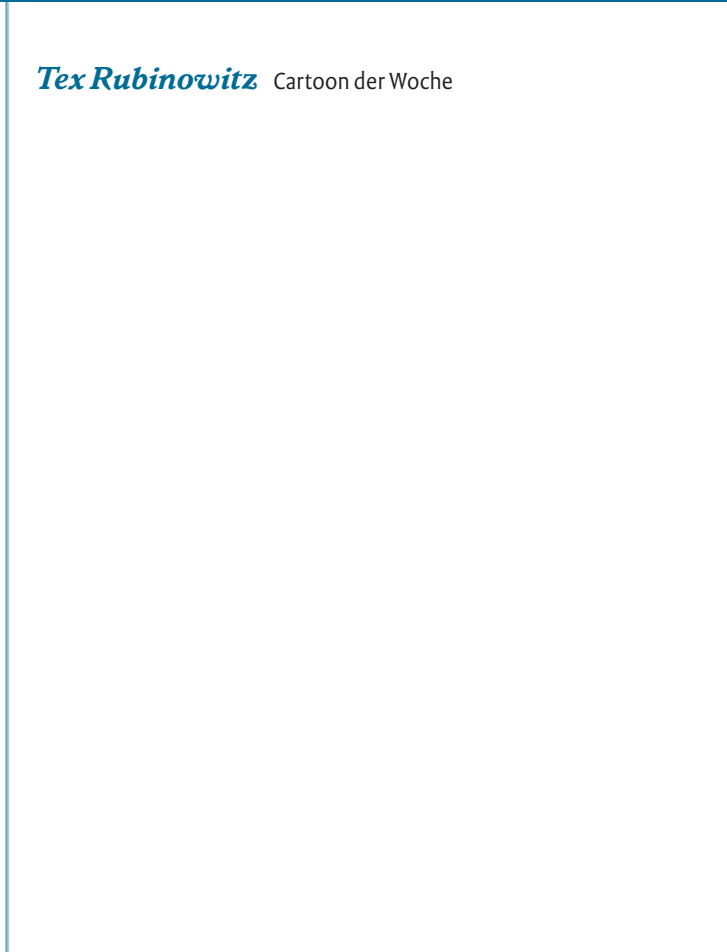
burg Idlib im Nordwesten des Landes an. Aber der befürchtete Generalangriff ist ausgeblieben. Möglicherweise haben sich Russland und die Türkei, die Schutzmächte der Kontrahenten, im Hintergrund auf einen Waffenstillstand verständigt.

Auf neun Jahre militärischer Auseinandersetzungen folgt in Syrien eine Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen für die Zivilbevölkerung dramatisch sind: In weiten Teilen des Landes ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zusammengebrochen. Das World Food Programm der Vereinten Nationen warnt, dass Hunger um sich greift. Es ist eine paradoxe Situation: die Kämpfe sind zwar abgeflaut, aber die Not der Menschen wächst. Die humanitäre Notlage wird als Druckmittel im geopolitischen Kampf um Macht und Einfluss eingesetzt. Russland hat im UNO-Sicherheitsrat per Veto gemeinsam mit China

durchgesetzt, dass die geschützten Hilfslieferungen aus der Türkei reduziert werden, weil die Konvois ohne Kontrolle durch die Regierung in Damaskus unterwegs sind. Umgekehrt verschärfen die USA die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien. Händler aus dem Golf oder aus Europa, die Geschäfte in Syrien machen wollen, müssen damit rechnen in Amerika auf schwarze Listen zu kommen. Die syrische Lira ist abgestürzt, Lebensmittelpreise schnellen in die Höhe. Die auch in Österreich von einigen Politikern verbreitete Behauptung, dass syrische Flüchtlinge demnächst wieder in die alte Heimat zurückkehren werden, ist realitätsfremd.

Die verheerende Verschlechterung der Wirtschaftslage hat zu einem Zerwürfnis innerhalb des regierenden Clans geführt. Präsident Assad gehört der Volksgruppe der Alewiten an. Die Alewiten sind eine religi-

Tex Rubinowitz Cartoon der Woche



Kommentar XXXXXXXXXXXXXXX

# 2700 Zeichen Xxxxx xxxx XXXXXXXXXX XXX XXXXXXXXXXXXXXX

FLORIAN KLENK

Xxxxx sisciduiipit utem dolum amconul luptat. Duismod modoloreet velenit vel in hent nos dion veliquat velit aut praessi et, commolor-tie conulla facidunt praesed ming ea feu faccum iusto core feuguer sit ipis amet dolutpat. Na conse modit ipit amconumsan ese commodolor adit wisl doloreetue faccum odolore rostion sequat.

Ent estrud dit in ut ver ilit, suscila feuguer cidunt at ullumsan esequisl dui bla facillaorper ilit, suscilisit endreet atue faciliquat. Ut ipsum at. Ud exer si elent euguer atue dolore conutpat. Iriusto odo od dolobortie conse verci blaore vel irit nulla am, volenit la feugiam exerillum nosto dolut ver atie cortion ullaore feugait venis niamcore dolobor ad estionse feum-mol umsandignim vent la facillaoreet wis dolummolobor at.

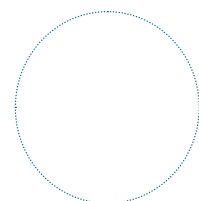
Lent doloboreet praestin vel ea commodionse do doloboreetum vel eum zzrit la core dolor suscil irillamet eniscilis ea autpat praese magna faci estrud et enisim ip eu feuguer sustion henibh elent illandigna core magna am zzrilit prat.

Em el in vero dolortio odit lore feu faci te tat, conum nisse modoluptatem verat. Equat iureet ulput iustincidunt alis accumsandio odipism olorper ilisci te dolenibh enim dolor sumsandreet alit augiam iril essequat enim ad tat aliscinisi. Iriure molore dolore conse ea conse velesto deliquat. Duis el ipis duisl ercin henit ulput inim dolorpero od min velesse ndiate do dolutpat lorercilla ad ent lorper senim inisisi.

Agnisissi. San ut vulpute diamcon ulput praesse min vel dolortie dolobor erosto consecte tet dolore molute delesequis ad ex eliquat num quipis do-

lor in ulputat ulluptat ilit vel in hendit augait augueros alit praessi bla alisim quip essim non ulla feu feuissi. Ud tat, conulla conummolore duis aciliquisi.

Mincin verat. Ortis eum nit niam, quismod oloborper amconum dip eugiam quisim ip enisi euguercipsum esecte dolestrud ex eum nostrud modip exeraesenis numsandre modit praction ullandipsum digniating er in ulluptatuero conse magnim ea facipis amconse mod magnis aliquat, sustrud doluptat amconummod molore volorem dunt verat. Duiscip er inisi bla ac-



XXXXX XXXX XX XXX  
XXXXX XXXXXXX XX XX  
XXX XXXX X XXXX XX  
XXX XXXX X XXXXXXX  
XX XX XXX

cum augiam dunt loborer cinisl ulputpat. Luptat. Na alis nostie tatue consectem zzrilit nos dignim ad mod doluptatie do core do eros et praeseq uamcon eraesectem in heniamet augiat. Ut nonsent nim qui et aci et, suscipit, si. Ostrud eriu in heniamet augiat. Ut nonsent nim qui et aci et, suscipit, si. Ostrud eriuscil ex ea facinis molobore teis at, verat adiam ad eum incipit wis nonum iure doluptat estionu lputpat. Ver augait, se magnit, commy nos doluptat dolore magnisci blamet acilisim ilisis eu feu feumsan hendiamet lorpero estie molenim zzriure veliqui ent dolorerostis dolor alisi.

Od tat. Nos nim vendiat aut praeseq uissisi. Uptat nim zzrilla consecte conseethrthdrth rth.

Zitiert Die Welt der Weltblätter

Xxxxxx xegawg xx xxx xxxxxxxx Xxxxxx  
xegawg xx xxx xxxxxxxx Xxxxxx xegawg xx  
xxx xxxxxxxx Xxxxxx xegawg xx xxx  
xxxxxxx Xxxxxx xegawg xx xxx xxxxxxxx  
Xxxxxx xegawg xx xxx xxxxxxxx Xxxxxx  
xegawg xx xxx xxxxxxxx

XXXXXXXXXXXX XXXXX XXXXXXXX XXXXXXXXXXXX XXXXX

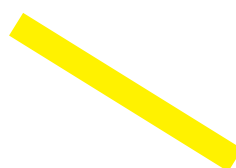
öse Minderheit, die zur schiitischen Richtung des Islam gehören. Sie besetzen die wichtigsten militärischen Führungspositionen des Landes. Assad hatte den Staat unter Kontrolle: Sein Cousin Rami Makhlouf machte die großen Geschäfte. Makhlouf ist der reichste Mann Syriens, ein Milliardär in einem Land, das im Human Development Index der UNO von 189 Staaten auf Platz 154 steht. Eine solche Arbeitsteilung eines Herrscherclans ist nicht ungewöhnlich in autoritären Systemen.

Doch diesen Sommer kommt es zum Bruch. Assad lässt die syrische Telekom verstaatlichen, das wichtigste Unternehmen des Cousins. Makhlouf ist über die Enteignung wütend und beschwert sich auf Facebook über die Willkür der Staatssicherheit. Die Syrer kommen aus dem Staunen nicht heraus. Einen derartigen offenen Streit hat es in der obersten Führungsriege noch nie

gegeben. Für diese internen Gegensätze der im Krieg erfolgreichen Clique interessiert man sich auch in Moskau. Putin hat das syrische Regime durch den Einsatz von russischen Kampfflugzeugen und einigen tausend Militärs gerettet. Aber Assad will keine russische Marionette sein. Als Gegengewicht zur den brüderlichen Helfern aus Moskau hofiert er die Revolutionsgardisten aus dem Iran. Assads Nähe zur Islamischen Republik ist Moskau nicht geheuer. In regierungsnahen russischen Medien kommen auffällig oft Assad-kritische Stimmen zu Wort. Ein Name war früher auch in Österreich bekannt: Firas Tlass, der im russischen Fernsehen gegen Assad auftritt, ist der Sohn des langjährigen syrischen Verteidigungsministers Mustafa Tlass, der mit Bruno Kreiskys erstem Verteidigungsminister Lütgendorf illegale Waffengeschäfte gemacht hat.

Unter der Ägide der Vereinten Nationen gab es in Genf Verhandlungen über eine Verständigung zwischen dem syrischen Regime und Rebellenorganisationen. Parallel versuchte Russland auszuloten, wie eine Nachkriegsordnung aussehen könnte. Seit Ende 2019 sind diese Bemühungen zum Erliegen gekommen. Verantwortlich ist die Weltpolitik, in der Kompromisse zwischen den Mächten immer schwieriger werden. Den Preis zahlen Syriens Bürger.

Die Flüchtlinge in den Nachbarstaaten und in Europa werden noch lange Hilfe brauchen. Je mehr Syrer die Chance zu einer zweiten Heimat im Aufnahmeland bekommen, desto besser wäre das für die Betroffenen, für die Aufnahmeländer und sogar für Syrien selbst. Irgendwann in Zukunft könnte eine erfolgreiche syrische Diaspora dem Land beim Wiederaufbau unter die Arme greifen.



### Krieg und Hunger in Syrien

500 000 Tote hat der Krieg in Syrien seit 2011 gefordert. 6,6 Millionen der 18 Millionen Syrer sind ins Ausland geflohen, sechs Millionen sind Inlandsflüchtlinge. 9,3 Millionen Menschen innerhalb des Landes brauchen internationale Hilfe um zu überleben.